

interview

Der Pakt bedeutet kein Mehr an Europa

Anfang September 2020 zerstörte ein Brand das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Zum Zeitpunkt der Katastrophe lebten über 12.000 Geflüchtete in dem Lager, obwohl es ursprünglich für gerade mal 2.800 Personen ausgelegt war. Unter anderem als Reaktion auf den Brand legte die EU-Kommission einen Reformvorschlag für die europäische Flüchtlingspolitik vor, den »New Pact on Migration and Asylum«. Wir haben mit Karl Kopp, Leiter der Europa-Abteilung von Pro Asyl, über die Situation der Geflüchteten in Griechenland und die europäische Flüchtlingspolitik gesprochen.

von **Lucia Grandinetti**
& **Stella Hofmann**

Herr Kopp, im September kam es zu einem Großbrand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos. Dort harrten Menschen schon seit Jahren aus, warteten auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge, auf die Verteilung in andere EU-Länder oder die Rückführung in die Türkei. Die menschenunwürdige Unterbringung hat die griechische Regierung zu verantworten, viele sagen aber auch, dass Europa Griechenland im Stich gelassen hat. Wie ist Moria entstanden und welchen Anteil daran hat die europäische Flüchtlingspolitik?

Also das Elend in Moria ist nicht nur von der griechischen Regierung hausgemacht, sondern Moria ist ganz klar ein europäisches Projekt. In Berlin, in Den Haag, aber auch in Brüssel wurde Ende 2015 der Flüchtlingsdeal mit Erdoğan eingefädelt, der im

März 2016 in Kraft getreten ist. Dieses ganze Elend und die Zementierung dieser katastrophalen Verhältnisse ist zurückzuführen auf diesen Flüchtlingsdeal. Jahrelang haben wir alle gesehen wie erbärmlich und schändlich die Verhältnisse in Moria sind. Es ist also nichts verheimlicht worden, es war offenkundig, dass im Namen Europas mit sehr viel Geld und Einflussnahme auf Griechenland praktisch Slums geschaffen wurden. Und in diesen Slums, in diesem Elend von Moria sollten dann Asylverfahren und vor allem auch Zulässigkeitsverfahren stattfinden. Denn

in der Regel wollte man die Leute zurückschicken, in das vermeintlich sichere Land Türkei. Und nur so lassen sich die zementierten Verhältnisse erklären, weil der EU-Türkei-Deal auch vorsah – nicht im Text, sondern in den Absprachen – dass die Schutzsuchenden gefälligst auf den Inseln bleiben sollen, koste es was es wolle. So erklären sich die verschiedenen Katastrophen bis hin zur Brandkatastrophe, was nicht überraschend war. Es war eher überraschend, dass diese Katastrophe so spät kam.

Nun hat die EU-Kommission als Reaktion auf den Brand in Moria einen Reformvorschlag für die europäische Flüchtlingspolitik vorgelegt. Was sind die wichtigsten Punkte dieser Pläne?



De facto geht es weiter so. Die Kommission sagt »Nie wieder Moria«, plant aber viele neue Morias. Mit dem »New Pact on Migration and Asylum« der Europäischen Kommission, einem riesigen Maßnahmenpaket, werden diese Lager an den Außengrenzen zur Norm.

Die EU will ein Screening-Verfahren an den Außengrenzen, Asylgrenzverfahren, später auch Abschiebungsgrenzverfahren für die Abgelehnten. Defacto führt dies dazu, dass wieder über viele Monate hinweg (5-10 Tage Screening, zwölf Wochen Asylgrenzverfahren und bei Ablehnung weitere zwölf

Wochen Abschiebungsgrenzverfahren) Leute in Lagern und Haftlagern inhaftiert werden. Das heißt die Kommission hat nicht die Konsequenz gezogen, das war erbärmlich, das war ein Fehler, sondern sie sagt: Mehr davon. Sie multipliziert diesen Ansatz, macht ihn vielleicht noch effizienter, indem sie neue Lager, sogenannte »controlled centers«, die zum Teil noch verlassen werden dürfen, aber auch neue Haftlager, durchsetzt. Das heißt der Pakt ist kein Neuanfang in der europäischen Flüchtlingspolitik, der sagt: Wir sind gescheitert angesichts der vielen Toten an den Außengrenzen, angesichts der Pushbacks, der völkerrechtswidrigen Zurückweisungen und dem Elend von Moria und vieler anderer Lager. Nein, man macht weiter so, rechtlich noch repressiver, und greift das individuelle Asylrecht massiv an. Der Pakt bedeutet also kein Mehr an Europa, kein Mehr an Flüchtlingsschutz, sondern einen massiven Angriff auf das individuelle Asylrecht.

DER PAKT BEDEUTET ALSO KEIN MEHR AN EUROPA, KEIN MEHR AN FLÜCHTLINGS-SCHUTZ, SONDERN EINEN MASSIVEN ANGRIFF AUF DAS INDIVIDUELLE ASYLRECHT.

Können Sie noch etwas genauer die Folgen beschreiben, würden die Pläne der EU-Kommission umgesetzt werden?

Bleiben wir beim Status quo: In allen Hotspots kollabieren die Leute, weil es kein Vor und kein Zurück gibt und die Verhältnisse weit unter dem Menschenrechtsstandard sind. Wenn die Kommission ihre Pläne nur ansatzweise durchsetzen kann, dann haben wir eine Situation, dass an den Außengrenzen ein Europa der Haftlager und Elendslager entsteht. Und dass in diesem Kontext unter nicht rechtsstaatlichen Bedingungen Menschen ein Asylverfahren durchlaufen sollen und in der Haft über ihr Schutzgesuch entschieden wird. Außerdem kann in den Grenzverfahren zunächst die Zulässigkeit des Asylantrags geprüft werden und ob der*die Schutzsuchende über einen »sicheren Drittstaat« eingereist ist. Und auch der andere Teil, das Mehr an Solidarität und die »Abschaffung von Dublin« ist lediglich eine Mogelpackung. Alle denken, da kommt Relocation, Umverteilung, im großen Stil aus diesen Grenzlagern, aber auch da muss man genau hinschauen. Weiterhin gibt es eigentlich Dublin, also die Zuständigkeit des Erst-

asyllandes, auch wenn es nicht so heißt. Es gibt weiterhin kein geregeltes Verfahren, mit welchem man an der Grenze die Asylsuchenden zügig registriert und dann in Europa nach humanitären Kriterien umverteilt. Stattdessen gibt es das Angebot, dass die Staaten, die nicht zur Aufnahme bereit sind, nicht aufnehmen müssen. Die unwilligen Staaten können sich freikaufen, indem sie mehr FRONTEX-Beamte schicken oder Abschiebepatenschaften eingehen und sagen: Ich bin bereit, den*diejenige*n abzuschicken, dafür muss ich keinen Flüchtling aufnehmen. Es gibt

also keinen neuen verbindlichen Mechanismus zur legalen Weiterreise der Betroffenen, sondern im Kern die alten Dublin-Kriterien zum Familiennachzug. Die Fristen werden verschärft werden, die Weiterwanderung oder Weiter-

flucht von Schutzsuchenden wird sanktioniert durch Sozialleistungsentzug. All diese elenden und restriktiven Maßnahmen der früheren Kommissionsvorschläge, die wir schon 2016 als Orbanisierung der europäischen Flüchtlingspolitik bezeichnet haben, all diese schändlichen Maßnahmen sind in diesem Pakt enthalten. Also zusammengefasst gibt es den Hardlinern an den Grenzen alle Möglichkeiten, Schutzsuchende für viele Monate zu inhaftieren und es ist abzusehen, dass dies weit unter rechtsstaatlichen Standards stattfindet. Das ist die Melange dieses Paktes und da kann man nur eins sagen, man muss diesen Pakt bekämpfen. Wir müssen dafür sorgen, dass es im Europaparlament, aber auch in einzelnen Nationalstaaten, noch menschenrechtsorientierte Kräfte gibt, die Nein zu diesem Pakt sagen, weil der Pakt nicht mehr Europa schafft, nicht mehr Flüchtlingsschutz, nicht mehr Menschenwürde, sondern mehr Entrechtung. Unser aktueller Appell lautet: »Nein zu einem Europa der Haft- und Flüchtlingslager«!

Wie sähe Ihrer Meinung nach eine humanitäre Flüchtlingspolitik aus? Und was müsste konkret getan werden, damit Lager wie Moria nicht mehr entstehen?

Man müsste anfangen, sich wieder auf die Menschenrechte zu besinnen. Das heißt wir müssen anfangen,

Lucia Grandinetti
Praktikantin in der
Geschäftsstelle des
Flüchtlingsrats BW

Stella Hofmann
Mitarbeiterin der
Geschäftsstelle des
Flüchtlingsrats BW

Karl Kopp
ist Leiter der Europa-
Abteilung von Pro Asyl
Foto: Shirin Shahidi

das, was in der EU-Charta verankert ist, in der Genfer Flüchtlingskonvention und in der Europäischen Menschenrechtskonvention, dass dies eingehalten wird. Also die Wiederherstellung von Menschenrechtsstandards, beispielsweise an den Außengrenzen. Das fängt damit an, dass man aufhören muss, völkerrechtswidrig die Schutzsuchenden an den Grenzen zurückzuweisen, also Pushbacks, wie sie in Griechenland auf See, aber auch an den Landesgrenzen systematisch passieren, auch an den anderen Landesgrenzen Europas. Dann bräuchten wir, um das Sterben und das Elend auf dem Weg nach Europa zu beenden, legale Zugangswege für Schutzsuchende. Legale Wege, das heißt eine Befreiung von der Visumpflicht, Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme. Das würde die Voraussetzung schaffen, dass man diese Menschenrechtsverletzungen und das Sterben an den Außengrenzen beendet. Und dazu gehört selbstverständlich auch und das steht nicht im Pakt, dass die europäische Union endlich einen europäischen Seenotrettungsdienst schafft. Denn momentan zieht sich Europa zum einen aus der Seenotrettung zurück und zum anderen kriminalisiert beziehungsweise blockiert Europa weiterhin die Wenigen, die retten wollen, nämlich die zivilen Seenotrettungsorganisationen. Damit das Recht auf Asyl überhaupt existent ist, müssen Schutzsuchende auch eine Chance haben, lebend und unversehrt auf das Territorium der Europäischen Union zu kommen.

Und dann der zweite Schritt. Dann geht es um eine innereuropäische Solidarität und Humanität. Humanität gegenüber Schutzsuchenden, Solidarität mit den Außenstaaten. An den Grenzen findet lediglich die Registrierung von Schutzsuchenden statt, das Abklären von Vulnerabilität und medizinischen Bedürfnissen und das Sicherheitsscreening - keine Großlager und schon gar keine geschlossenen Haftlager. Die Zentren müssen offen und menschenwürdig sein. Und in diesen dürfen keine Asylverfahren, stattfinden. Und dann müsste Europa einen Solidar-Aufnahmemechanismus schaffen, der die Schutzinteressen der Betroffenen in den Mittelpunkt stellt. Das heißt: Keine langen Verfahren, sondern die Möglichkeit der schnellen legalen Weiterreise, keine Zwangsverteilung. bei diesem Solidarmechanismus stehen Familienbindungen, kulturelle, sprachliche und sonstige

Interessen der Betroffenen im Mittelpunkt.

Nach Ankunft geht es um menschenwürdige Aufnahmebedingungen und faire Asylverfahren. Wir kämpfen für ein gemeinsames europäisches Schutzsystem seit mittlerweile über 20 Jahren. Das europäische Asylrecht befindet sich jedoch in der Realität immer noch im Embryonalstadium. Und wir haben heute die Situation, dass es kaum noch Willige in Europa gibt, die sich dem Projekt Europa, nämlich den Menschenrechten, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und dem Flüchtlingsschutz verpflichtet fühlen. Und dementsprechend ist es momentan umso schwieriger, neue Koalitionen der Aufnahmebereiten zu finden. Es sind vor allem die Städte und Regionen in Deutschland und in Europa, die Menschlichkeit und die Flüchtlingsrechte verteidigen. Diesen Ansatz sollten wir stärken. Diese Koalition der Zivilgesellschaft, der aufnahmebereiten Staaten – knapp ein Dutzend – und die Städte und Regionen, das ist die neue »Koalition der Aufnahmewilligen«, die Menschenwürde und Menschenrechte verteidigt.

Was muss von Seite der Verantwortlichen getan werden, um den Menschen auf Lesbos und anderen griechischen Inseln jetzt zu helfen? Und lässt sich verhindern, dass die Soforthilfe für die Menschen auf Lesbos dazu beiträgt, ein Moria 2.0 zu etablieren?

Ja, also das Problem ist schon der Begriff der Soforthilfe bzw. Nothilfe. Ganz klar, wir haben auch eine Soforthilfe gefordert, als nach dem Brand 10.000 Menschen obdachlos und mittellos waren, ohne Versorgung in Zeiten von Corona. Die Geflüchteten sollen aber nach der Erstversorgung zügig ausgeflogen werden in andere europäische Staaten. In Griechenland wurde über Jahre hinweg ein Ansatz für Nothilfe gefahren, mit viel Geld und immensen Missmanagement. Alle möglichen Institutionen, auch europäische, tummeln sich in den Hotspots und es ist verdammt wenig im Sinne der Menschen, der Schutzsuchenden, der Geflüchteten rausgekommen. Die mussten und müssen im Schlamm und Elend leben. Was fehlt, sind nachhaltige, ernsthafte Investitionen, um menschenwürdige Strukturen aufzubauen oder Leuchtturmprojekte wie PIKPA zu multiplizieren und an anderen Stellen zu ermöglichen,

anstatt sie kaputt zu machen oder NGOs, die in dem Bereich arbeiten, zu kriminalisieren. Nach Griechenland sind weit über drei Milliarden Euro die letzten Jahre geflossen, wo man sich fragt: Was ist denn da für eine Struktur entstanden? Es muss eine minimale Aufnahmestruktur geschaffen werden, menschenwürdige Unterkünfte auf dem Festland, auch für die Minderjährigen, für die Alleinziehenden, für die Vulnerablen. So eine Struktur muss dauerhaft sein. Und dann muss es einen Ansatz der Humanität geben, dass die Leute weiterreisen können zu ihrem Asylziel, weil Griechenland momentan kein Ort ist, wo Flüchtlinge dauerhaft leben können, weil die Integrationsperspektiven selbst bei anerkannten Flüchtlingen nicht gewährleistet sind. Sie sind zunehmend obdachlos auf dem Festland.

Auf Moria und anderen griechischen Inseln gibt es ja schon lange Hilfsorganisationen, die die Menschen vor Ort im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen. Auch PRO ASYL ist auf Lesbos aktiv. Welche Unterstützung bietet PRO ASYL auf den griechischen Inseln?

Wir haben im Jahr 2017 eine Partnerorganisation gemeinsam mit unseren griechischen Kolleginnen und Kollegen gegründet, die REFUGEES SUPPORT AEGEAN, die kurz RSA heißt. Die RSA ist mit Teams auf Lesbos, in Athen und auch auf Chios und wir vertreten Schutzsuchende rechtlich. PRO ASYL/RSA hat seit Inkrafttreten des Türkei-Deals Schutzsuchende vertreten, denen die Abschiebung in die Türkei droht – bis zum Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg. Wir haben beispielsweise auch schwerkranke Schutzsuchende nach dem Brand von Moria I aus dem neuen Lager herausgeklagt, durch Rule 39. Das ist ein

*Im Februar 2017 gründete Pro Asyl mit langjährigen griechischen Kooperationspartner*innen die Refugee Support Aegean (RSA).*

*Seitdem arbeitet ein Team aus 14 Anwält*innen, Dolmetscher*innen und Sozialarbeiter*innen auf Lesbos, Chios und dem griechischen Festland für den Schutz von Flüchtlingen. Hierbei leistet das PRO ASYL/RSA-Team zum einen unmittelbare humanitäre Hilfe. Vorrangig kümmern sie sich dabei um Schwangere, Kinder, Kranke, Folteropfer, Verletzte und Alte. Zum anderen kämpft das Team für die Einhaltung des Flüchtlingsrechts, wozu sie Präzedenzfälle vor Gericht bringen. Um ihre Arbeit auch zukünftig zu sichern, ist die Refugee Support Aegean auf Spenden angewiesen.*

Weitere Informationen zur Organisation sowie zu den Spendemodalitäten finden Sie direkt auf der Website der RSA unter www.rsaegean.org

Antrag auf einstweilige Maßnahmen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir vertreten Minderjährige in Haftlagern, damit sie kindgerecht untergebracht werden, Folteropfer, dass sie aus dem Lager rauskommen. Angesichts von 10.000 Flüchtlingen sind das zwangsläufig wenige Fälle, aber wir versuchen durch strategische Prozessführung für viele andere was zu erreichen. Ähnlich arbeiten ja auch andere Gruppen zu den Hotspots in Samos, Chios etc. Und wir unterstützen auch zeitgleich das zivilgesellschaftliche Aufnahmezentrum PIKPA. PIKPA soll geschlossen werden. Das ist ein Ort, wo aktuell 130 vulnerable Menschen, zum Teil schwer Kranke, Folteropfer, Wöchnerinnen mit ihren Babies, Vergewaltigungsopfer, alleinfliehende Minderjährige leben und einen Ort haben, der sowas wie eine Oase darstellt. Unsere Kolleg*innen haben gerade auch eine Klage für die Betroffenen aus PIKPA vor der Räumung laufen, auf vorläufige Maßnahmen beim Menschenrechtsgerichtshof, weil eben Kranken und Folteropfern die Obdachlosigkeit droht. Wenn man in Griechenland arbeitet, muss man zwangsläufig rechtliche und humanitäre Aspekte zusammenbringen, weil man Geflüchtete nicht ordentlich vertreten kann, wenn sie nichts zu Essen oder keine Unterkunft haben. Das heißt in diesem Konzept geht es darum, Schutzsuchenden zu ihrem Recht zu verhelfen, flankiert durch humanitäre Unterstützung. Wir haben auch Spenden für PIKPA in diesem Jahr gehabt angesichts der Covid-19-Bedrohung, wo wir mit diesen Spenden konkrete Sachen wie Container, Toilettenanlagen, Beratungsräume, Ruheräume für Minderjährige geschaffen haben. Das heißt, in Griechenland gehört zur Arbeit zwangsläufig die rechtliche Vertretung, die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, auch auf dem Festland, aber es hat auch eine

stark humanitäre Komponente, weil ohne diese manche Leute gar keinen Zugang zum Recht hätten. Denn ein Mensch, den man juristisch vertreten oder beraten will, darf nicht hungern und ohne medizinische Versorgung sein. Deshalb ist da das Projekt zwangsläufig viel breiter angelegt, als es das vielleicht in Deutschland wäre. _

Anmerkung der Redaktion: Am 30.10.2020 wurde das alternative Flüchtlingslager PIPKA von den griechischen Behörden geräumt.